

Ludwig Peyer tritt zurück

KANTONS RAT

Der Willisauer Mitte-Kantonsrat Ludwig Peyer tritt per 21. Juni 2022 nach 16 Jahren aus dem Luzerner Kantonsrat zurück. Der 57-jährige Politiker hat im Juni 2006 im damaligen Luzerner Grossen Rat Einsitz genommen und wurde zwischenzeitlich viermal wiedergewählt. Peyer nennt seine lange Amtszeit und die stetig gestiegene berufliche und ausserberufliche Belastung als Gründe für seinen Rücktritt. Er hinterlässt im Parlament nachhaltige Spuren. Als langjähriger Fraktionschef und Präsident sowie Mitglied von verschiedenen Kommissionen habe er die Politik im Kanton Luzern massgeblich geprägt, schreibt Die Mitte Kanton Luzern in ihrer Medienmitteilung.



holfen. Sein jüngstes Engagement im Hinblick auf die Zukunft des Spitals Wolhusen und den Standort der Gerichte und der Luzerner Museen seien Beispiele «seiner beharrlichen und konsequenten Politik, die weit über die Fraktion hinaus grosse Anerkennung fand», schreibt Die Mitte. Seine zielstrebige und erfolgreiche Führung der damaligen CVP-Fraktion 2012 bis 2019 sei «Tatbeweis einer breit abgestützten und vernetzten Person». Der Jurist und Geschäftsführer einer Non-Profit-Organisation habe mit seiner breiten beruflichen Erfahrung viele Geschäfte im Parlament geprägt. Die Mitte Kanton Luzern bedauert seine Demission sehr. Die Fraktion verliere mit Ludwig Peyer «eine weit-sichtige Persönlichkeit, der tragfähige Lösungen und die Verbindung von Wirtschaft und Politik stets ein wichtiges Anliegen waren.»

Michaela Tschuor rückt nach

Nachfolgerin von Ludwig Peyer wird die Gemeindepräsidentin von Wikon, Michaela Tschuor. Die 44-jährige Juristin engagiert sich auch als Vizepräsidentin der Mitte Kanton Luzern und leitet den Wahlkampf der Kantonalpartei im Hinblick auf die Frühlings- und Herbstwahlen 2023. **pd/WB**

Ludwig Peyer ist Ende Juni Gast im «WB-Gspräch».

Mehr Verkehrsunfälle

STATISTIK Fast 2200 Mal hat es im vergangenen Jahr auf Luzerner Strassen geknallt: Die Zahl der Verkehrsunfälle stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 8.4 Prozent. Erstmals verunfallten etwas weniger Personen mit einem E-Bike.

In den letzten fünf Jahren nahm die Zahl der registrierten schnelleren E-Bikes, die ein Kontrollschild benötigen, um 113.4 Prozent zu, wie die Luzerner Statistikbehörde Lustat am Dienstag mitteilte. Mit zunehmender Beliebtheit dieses Verkehrsmittels stieg auch die Zahl der Personen an, die mit dem E-Bike verunfallen. Seit zehn Jahren erfasst die Polizei Unfälle mit Elektrowelos im Kanton Luzern statistisch. Verunfallten im ersten Jahr noch 17 E-Bike-Fahrende, waren es im vergangenen Jahr

139. Im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl 2021 allerdings leicht rückläufig, so ereigneten sich zwei E-Bike-Unfälle weniger. Sowohl mit Velos als auch mit Autos verunfallten mehr Personen, eine starke Abnahme von über 24 Prozent gab es dagegen bei den Motorrad-Unfällen.

Schaut man auf die Gesamtzahl der Verkehrsunfälle, so sind diese seit 1996 um über 30 Prozent zurückgegangen, trotz höherer Verkehrsdichte. 2021 waren es 2196. In 961 Fällen kamen auch Personen zu Schaden, insgesamt starben neun Menschen, vier weniger als im Vorjahr. Gut zwei Drittel der Strassenverkehrsunfälle geschehen innerorts, knapp ein Drittel ausserorts oder auf Autobahnen. Besonders vorsichtig sollten Verkehrsteilnehmende am frühen Abend sein: Dann passieren die meisten Unfälle. In 85 Prozent der Kollisionen waren die Lenkerinnen und Lenker schuld. **sda**



Kirchliche Behördenmitglieder vereidigt

WILLISAU 2022 ist ein Wahljahr in der katholischen Kirche im Kanton Luzern. Die erstmals gewählten Behördenmitglieder – Kirchenrätinnen und -räte sowie die Mitglieder der Rechnungskommissionen – werden zu Beginn der neuen, vierjährigen Amtsdauer, die jeweils am 1. Juni beginnt, vereidigt.

Eine dieser Vereidigungen fand vergangene Woche an diesem Datum im Pfarreizentrum Willisau statt. Hier nahm Synodalverwalter Edi Wigger rund 60 kirchliche Behördenmitglieder in die Pflicht. Am 2. Juni fand eine weitere Vereidigung in Littau statt, die dritte ist am 23. Juni in Sursee. **do** Foto Dominik Thali

Gutes Ergebnis trotz Pandemie

PRO SENECTUTE Pro Senectute Kanton Luzern blickt auf ein herausforderndes Geschäftsjahr zurück. Die Corona-Pandemie verlangte nach Flexibilität im Tagesgeschäft. Trotz Social Distancing und Maskenpflicht konnte Pro Senectute das Dienstleistungsangebot für die ältere Bevölkerung weiterhin aufrechterhalten und sie im Alltag unterstützen.

Die Corona-Pandemie stellte das gesellschaftliche Miteinander auf eine grosse Bewährungsprobe. Dank des grossen Engagements der rund 60 Mitarbeitenden und 1300 Freiwilligen fand Pro Senectute Lösungen, um der älteren Bevölkerung in dieser schwierigen Zeit zur Seite zu stehen.

Das Bedürfnis älterer Menschen, weiterhin zu Hause leben zu können, stieg im Jahr 2021 deutlich. So leisteten die Alltagshilfen 1214 Einsätze – das waren 456 Einsätze mehr als im Vorjahr. Der Mahlzeitendienst lieferte im letzten Jahr 101 000 Mahlzeiten aus und stellte so sicher, dass sich ältere Menschen jederzeit gesund ernähren konnten, ohne selber einkaufen und sich dem Coronavirus aussetzen zu müssen.

Grosse Nachfrage

Immer mehr Seniorinnen und Senioren lassen die Steuererklärung von Pro Senectute erledigen: 1506 Steuererklärungen waren es im Jahr 2021. Das sind 135 mehr als im Vorjahr. Zudem wurden 490 Rentnerinnen und Rentner bei ihren administrativen Arbeiten unterstützt. Daneben gab es im Berichtsjahr auch vermehrt telefonische Anfragen. So nahmen die Zentralen Dienste 18 839 Anrufe entgegen. Im Frühling

2021 unterstützte Pro Senectute zudem 2150 Seniorinnen und Senioren bei der digitalen Impfregistrierung.

2021 blieben in der Sozialberatung finanzielle Fragen weiterhin das zentrale Thema. Darunter fallen Anspruchsabklärungen von Hilflosenentschädigung und Ergänzungsleistung. Oft wird die Sozialberatung für die Überprüfung eines Sozialversicherungsentscheides aufgesucht, oder sie leistet Unterstützung in rechtlichen Fragen. In finanziellen Notlagen werden Unterstützungsmöglichkeiten im Rahmen der individuellen Finanzhilfe oder Gesuche an Stiftungen abgeklärt.

Die Stiftung Pro Senectute Kanton Luzern konnte trotz der schwierigen Lage und den Ertragseinbussen im Kurswesen aufgrund der Pandemie, dank solidem Spendenergebnis und Mehreinkünften bei den anderen Dienstleistungen ein ausgeglichenes Gesamtergebnis präsentieren. **pd**

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Anja Meier
SP, Willisau

Liebe Leserinnen und Leser Sie, ich, Muslime, Buddhistinnen, Atheisten oder Konfessionslose: Wir alle zahlen Steuern, die in denselben Topf fliessen. Nun stellen Sie sich vor: Regie-

Keine Luzerner Steuergelder für den Vatikan

rung und Parlament beschliessen, sich mit diesem Geld an den Sicherheitskosten des Oberhauptes einer bestimmten Glaubensgemeinschaft zu beteiligen. Tönt absurd? Genauso passiert im Kanton Luzern.

Die Kaserne der Schweizergarde in Rom ist sanierungsbedürftig und soll durch einen Neubau ersetzt werden.

Die Kosten belaufen sich auf rund 50 Millionen Franken. Doch leider endet die Wertschätzung des Vatikans für die rund 135 Gardisten beim Geld: Der Kirchenstaat weigert sich, etwas an die Kasernerneuerung zu zahlen, da es sich dabei «um eine schweizerische Angelegenheit» handle.

Gebaut wird die neue Kaserne deswegen von einer eigens gegründeten Schweizer Stiftung. Die hat bei Bund und Kantonen angeklopft und um finanzielle Unterstützung gebeten. Im Januar 2022 haben Mitte, SVP und FDP im Luzerner Kantonsrat ein Dekret durchgewunken, das die finanzielle Unterstützung der Kasernenstiftung mit einem Franken pro Einwohnerin oder Einwohner vorsieht. Also insgesamt rund 400 000 Franken.

Erfreulicherweise wurde das Referendum gegen die vom Kanton gesprochenen Gelder ergriffen – von der Freidenker-Vereinigung, SP, Grünen und GLP. In der Hälfte der Sammelzeit kamen 7477 Unterschriften zusammen. Das sind doppelt so viele als nötig. Am 25. September kommt das Referendum über die Vatikan spende an die Urne.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich mag den Gardisten eine gute Unter-

kunft – mit Fitnessgeräten und Photovoltaik-Anlagen – von Herzen gönnen. Und selbstverständlich anerkenne ich die historische Verbindung zwischen dem Kanton Luzern und der Schweizergarde. Durch mein langjähriges Engagement in der Jubla habe ich auch einen persönlichen Bezug zur Katholischen Kirche.

Nichtsdestotrotz ist das Finanzierungsmodell fragwürdig. Für mich ist klar: Die Finanzierung des Neubaus der Schweizergardekaserne ist keine Aufgabe des Staates. Historische Verbindung und Tradition hin oder her, der Kanton Luzern hat sich nicht an den Sicherheitskosten des Oberhauptes der Katholischen Kirche zu beteiligen.

Überhaupt braucht der reiche Vatikan definitiv keine Almosen aus der Schweiz. Fachpersonen schätzen das Gesamtvermögen des Vatikans – einem der grössten Land- und Immobilienbesitzer – auf bis zu 12 Milliarden Euro. Es ist ihm also durchaus zuzumuten, für die in seinem Dienste stehenden Gardisten eine geeignete Kaserne bereitzustellen. Die Luzerner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler brauchen für diese Knausrigkeit sicherlich nicht in die Bresche zu springen. Der Vati-

kan hätte auch keine Finanzierungsprobleme, wenn Luzern dieses Geld nicht spräche: Es würden sich wohl genügend private Investorinnen und Investoren finden, die die Tradition der Schweizergarde als unterstützenswürdig erachten.

Die Spende ritzt zudem an der bewährten Trennung zwischen Kirche und Staat. Denn der Staat – eigentlich zu religiöser Neutralität verpflichtet – privilegiert damit eine einzelne Glaubensgemeinschaft übermässig. Die öffentliche Subventionierung des Sicherheitsdienstes des höchsten Katholiken durch die Staatskasse ist umso problematischer, als dass der Kanton Luzern heute religiös vielfältiger ist als noch vor hundert Jahren. Bei einem Ja müssten zahlreiche Menschen, die mit dem Katholizismus und dem Vatikan nichts am Hut haben, einen Beitrag leisten – unabhängig davon, ob sie wollen oder nicht.

Es wäre auch eine Spende an eine eher konservative Institution, deren aktueller Kommandant in einem Interview lachend erwähnt hat, dass Frauen bei ihnen immerhin als Sekretärinnen arbeiten können. Im Kantonsrat wurde die Spende überraschenderweise nicht nur von Mitte und SVP, sondern auch

von der FDP unterstützt, die die Trennung zwischen Kirche und Staat sonst vehement verteidigt. Wie es scheint, sind die Luzerner Linken hier die letzten Liberalen.

Und nicht zuletzt: Ein Kanton, der sonst immer überall spart, braucht jetzt sicherlich keine halbe Million nach Rom zu schicken. Ob Bildung, Soziales oder Umweltschutz, die Folgen der drastischen Luzerner Sparprogramme – ausgelöst durch die Tiefsteuerstrategie – sind noch vielerorts spürbar. Es ist völlig absurd, vor diesem Hintergrund jetzt plötzlich so viel Geld für eine Immobilie im Ausland locker zu machen.

Verwenden wir unsere Steuergelder stattdessen lieber für Investitionen, die der gesamten Luzerner Bevölkerung zugutekommen und nicht nur einer sehr kleinen männlichen Minderheit. Wie wäre es zum Beispiel mit dem Ausbau erneuerbarer Energien? Mit bezahlbaren Kita-Plätzen? Mehr Prämienverbiligung oder steuerlichen Entlastungen für den Mittelstand? Kurz: Sinnvolle Vorschläge gibt es genug. Aus diesem Grund braucht es am 25. September 2022 ein Nein zur Vatikan spende – und für einmal ein «Lucerne first».